

Antrag aus der Politik öffentlich Verfasser/in: AfD-Fraktion	Nr.	VO/2023/4695 öffentlich
	Datum:	20.03.2023
Gendern konsequent unterbinden – Kommunikation in regelkonformer Sprache		

Status	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	Bürgerschaft der Hansestadt Wismar	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Wismar beschließt:

Der Bürgermeister wird beauftragt, als Leiter der Verwaltung zu gewährleisten, dass sich die Verwaltung, städtische Einrichtungen und Betriebe schriftlich wie mündlich konsequent an die Vorgaben des Rates für deutsche Rechtschreibung halten, der zunehmenden Verfremdung der deutschen Sprache als Bestandteil der kulturellen Identität entgegenwirken und das Improvisieren mittels sogenannter Gendersprache zu vermeiden haben.

Weiterhin ist per Verordnung sicherzustellen, dass die Massgaben des Rates für deutsche Rechtschreibung den mündlichen und schriftlichen Sprachgebrauch bestimmen, weil sie den Erfordernissen einer sprachlichen Widerspiegelung der Geschlechtergerechtigkeit hinlänglich entsprechen und gesellschaftlich mehrheitlich akzeptiert sind

Begründung:

erfolgt mündlich

Anlagen:

keine